presse

Abzocke der Banken durch überhöhte Dispozinsen

Zu der Debatte im Deutschen Bundestag zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbraucher vor überhöhten Zinsen erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack und Carsten Sieling:

Die überhöhten Zinsen, die Banken für Dispositionskredite verlangen sind spätestens seit der Erhebung der Stiftung Warentest im vergangenen September bekannt. Verbraucherministerin Aigner zeigt Betroffenheit, gibt aber lediglich eine neue Studie in Auftrag. Kerstin Tack und Carsten Sieling fordern, dass Aigner endlich handelt. Auch Finanzaufsicht und Kartellamt sind gefragt.

Die aktuelle bundesweite Erhebung der Stiftung Warentest vom September 2010 zeigt: Bei eingeräumter Überziehung des Girokontos verlangen Kreditinstitute Dispositionszinsen bis zu 17 Prozent. Für nur geduldete Überziehungen werden sogar bis zu 25 Prozent fällig.

Banken selbst können sich Geld so günstig leihen wie nie zuvor. Seit Mai 2009 steht der Leitzins der Europäischen Zentralbank bei einem Prozent. Die Guthabenzinsen sind entsprechend gesunken. Anders die Überziehungszinsen - sie steigen weiter. Der Zusammenhang zwischen Ausfallrisiko und Zinssatz ist dabei längst verloren gegangen. Die Kunden sind doppelt benachteiligt: Als Steuerzahler zahlen sie für die Abenteuer der Banken in der Vergangenheit. Als Bankkunde müssen sie über hohe Dispositionszinsen die Sanierung der Kreditinstitute finanzieren. Bezogen auf das Volumen der Überziehungskredite in Deutschland - Stand 41,6 Milliarden Euro im Mai 2010 - kostet jeder Prozentpunkt die Bankkunden über 400 Millionen Euro jährlich.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Das Verbraucherschutzministerium zeigt Betroffenheit, gibt aber lediglich eine neue Studie in Auftrag. Doch die Tatsachen sind seit langem bekannt und wurden selbst von Ministerin Aigner bereits angeprangert.

Im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher fordern wir, dass die Bundesregierung jetzt endlich handelt. Auch die Finanzaufsicht und das Kartellamt sind gefragt.